

39**82****Union in
Deutschland**

Bonn, den 9. Dezember 1982

Kleiner Parteitag der CDU am 6. Dezember 1982 in Bonn

**Bundeskanzler Helmut Kohl
zeigt den Weg:
Mit uns aus der Krise**

Bundeskanzler Helmut Kohl und Generalsekretär Heiner Geißler haben die Union dazu aufgerufen, dafür zu kämpfen, daß wir bei der Bundestagswahl am 6. März 1983 eine klare Mehrheit erhalten, damit die Bundesregierung ihre erfolgreiche Arbeit fortsetzen kann. Unser Land steht vor einer Bewährungsprobe, es hängt vor allem auch von uns selbst ab, ob wir sie bestehen. Wir haben uns nicht gescheut, in dieser schweren Zeit die politische Verantwortung zu übernehmen. Die CDU war nie eine Schönwetterpartei, sondern hat gerade auch in schwierigen Zeitläufen die Geschicke unseres Landes erfolgreich in die Hand genommen.

Es war die Union, die nach der größten Katastrophe der deutschen Geschichte in den fünfziger und dann in den sechziger Jahren bewiesen hat, was sie leisten kann. Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und Kurt Georg Kiesinger erinnern uns an unser Erbe, sie erinnern uns aber vor allem an unseren bleibenden Auftrag, den wir in schwierigen Zeiten zu erfüllen haben.

Es ist die Union, die in den achtziger Jahren einen neuen Wirtschaftsaufschwung einleiten, die Freiheit bewahren und den Frieden sichern wird:

- eine Regierung, die Vertrauen begründet, weil sie vor den Wahlen die Wahrheit sagt;
- eine Regierung, die verlässlich ist, weil sie nach den Wahlen Wort hält;
- eine Regierung, die den Menschen wieder Hoffnung gibt.

Der Weg, der vor uns liegt, ist steinig und steil, denn es gibt keinen einfachen Weg aus der Krise. Wir werden unser Ziel erreichen, wenn wir kraftvoll und entschlossen unser politisches Programm in die Tat umsetzen.

BUNDESAUSSCHUSS

Stichworte zu dieser Ausgabe

		Seite
Rede des Bundeskanzlers	Seite	
Eine Regierung mit Sachverstand	3	Angst vor Krisen 12
Bundestagswahlen	4	Humane Gesellschaft 12
Diese und keine andere Bundesrepublik	4	Eigenverantwortung 13
Die SPD ist am Ende	4	Solidarität 13
Ideologische Selbstüberschätzung	4	Familienlastenausgleich 13
Partnerschaft statt Klassenkampf	5	Krankenkosten 13
Rücksicht auf Kinder und Enkel	5	Der 6. März 14
SPD kann nicht mit Geld umgehen	6	Rede des Generalsekretärs
Aufschwung nur durch Regierung der Mitte	7	Wieder Vertrauen im Westen 15
Rücksicht auf Mensch und Natur	7	Ein handlungsfähiger Kanzler 15
Arbeitsmarktpolitik	8	Regierungswechsel war fällig 16
Neue Ideen, unorthodoxe Vorstellungen	8	Die Wahrheit vor der Wahl 16
Teilzeitarbeit, Arbeitsplatzteilung	8	Die Haushaltslüge der SPD 17
Produktionsvermögen in Arbeitnehmerhand	8	Die ersten Erfolge 17
Deutsch-amerikanische Beziehungen	9	Bürgerverstand statt Bürokratie 18
Aktive Friedenssicherung	9	Arbeitslosigkeit Problem Nr. 1 18
Doppelbeschluß der NATO	9	Umweltschutz 18
Frieden mit weniger Waffen	9	Ehmkes Vernebelungsstrategie 19
Wirkliche Abrüstung	10	Solidarität der Generationen 19
Beziehungen zur Sowjetunion	10	SPD erkennt die Probleme 19
Berlin und Deutschland	10	Solidaritätsoffer 19
Entwicklung in Polen	10	Arbeitnehmer für die Union 20
Not im anderen Teil Deutschlands	11	Gerechtere Sozialpolitik 20
Einheit der deutschen Nation	11	Sicherung der Renten 20
Europäische Einigung	11	Kindergeld 20
		BAFÖG 21
		Wehrpflicht und Ersatzdienst 21
		Gewissensfreiheit auch für Eltern 22
		Der rot-grüne Pakt 22
		14 253 neue CDU-Mitglieder 23

Helmut Kohl:

Dies wird eine Bundestagswahl von historischer Tragweite sein

Liebe Freunde, die heutige Sitzung des erweiterten Bundesausschusses findet zu einem Zeitpunkt statt, der für unser Land und für unsere Partei außerordentlich bedeutsam ist. Seit neun Wochen regiert hier in Bonn die Koalition der Mitte. Und jeder spürt, wir haben einen neuen Anfang für die Bundesrepublik Deutschland gemacht. Die Zeit der oft quälenden Unsicherheit ist zu Ende.

Endlich hat Deutschland wieder eine Regierung, die etwas von Wirtschaft versteht, eine Regierung, die mit Geld umgehen kann, die sich eindeutig zum westlichen Bündnis bekennt, eine Regierung vor allem, die den Bürgern wieder — auch vor Wahlen — die Wahrheit sagt.

Unsere Regierung trägt die Hoffnungen der Menschen, daß es in unserem Land wieder aufwärts geht, daß sich unser aller Anstrengungen wieder lohnen, daß wir wieder bessere Zeiten bekommen.

Ich sage es Ihnen und ich sage es allen Bürgern: wir — die CDU Deutschlands — werden diese Hoffnungen nicht enttäuschen. Unsere Zuversicht gründet sich nicht nur auf das, was wir, CDU, CSU und FDP, in dieser Koalition leisten können, unsere Zuversicht gründet sich vor allem auf das, was die Deutschen leisten kön-

nen und wollen, wenn sie nur gut regiert werden.

Die erste deutsche Demokratie ist von den Extremen von links und rechts zerstört worden. Die zweite deutsche Demokratie ist aus der politischen Mitte des Volkes aufgebaut worden; und sie wird — davon bin ich überzeugt — aus der Mitte unseres Volkes die Kraft zur Erneuerung finden.

In drei Monaten finden vorgezogene Wahlen für den Deutschen Bundestag statt. Ich sage hier in aller Deutlichkeit, daß diese Bundestagswahlen politisch notwendig und verfassungsrechtlich möglich sind.

Wir, die Union, stehen zu unserem gegebenen Wort, und ich gehe davon aus, daß auch alle übrigen Parteien zu ihrem gegebenen Wort stehen.

Rede Helmut Kohl

BUNDESAUSSCHUSS

Es bleibt uns eine kurze Zeit, in der wir unsere Mitglieder mobilisieren und die Wähler von unserer Politik überzeugen müssen.

Aber jeder spürt es, wir haben gute Chancen, die Wahl zu gewinnen. Aber ich will auch jedem von uns zurufen, wir haben die Wahl noch nicht gewonnen. Sie ist erst am Wahltag um 18.00 Uhr gewonnen und keine Minute zuvor.

Über unseren Erfolg entscheidet allein und ausschließlich der Wähler. Er beurteilt unser Tun und unseren Einsatz. Ich rufe jeden von uns, jedes Mitglied der Union dazu auf, von heute an tagtäglich für unsere gemeinsame Sache zu kämpfen: für den Sieg der CDU, für den Erfolg unserer Regierung.

Ich habe es schon angedeutet: Dies wird eine Bundestagswahl von historischer Tragweite sein. Am 6. März 1983 müssen die Wähler die politische Grundsatzentscheidung fällen, wem sie die Geschicke unseres Landes anvertrauen wollen:

- einer Regierung der Mitte, einer Koalition von CDU, CSU und FDP oder
- einem rot-grünen Bündnis von SPD mit Grünen aller Art.

Und die Erfahrungen in Hamburg und in Hessen sollten jedem Wähler deutlich machen, um was es geht. Wir rufen unseren Freunden und wir rufen unseren Wählern zu: Wir wollen die Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland. Wir wollen diese Bundesrepublik und keine andere.

Am 6. März geht es darum,

- ob die Bundesrepublik Deutschland eine stabile Regierung mit einer klaren parlamentarischen Mehrheit behält
- oder ob die SPD unser Land weiter in die Krise treiben oder treiben lassen kann.

Die SPD ist am Ende. Die Regierung

Schmidt ist an der inneren Zerrissenheit der SPD zerbrochen. Auf alle wichtigen Fragen der deutschen Politik hat die SPD mindestens zwei gegensätzliche Antworten. So hat die SPD unser Land in die Krise geführt. Massenarbeitslosigkeit, zerrüttete Staatsfinanzen und Firmenzusammenbrüche klagen die SPD an.

Die SPD ist aber nicht nur politisch gescheitert: Ihr Versagen als Regierungspartei hat tieferliegende Ursachen. Die SPD hat in ideologischer Selbstüberschätzung an die Machbarkeit aller Dinge im Staat und in der Gesellschaft geglaubt.

Die SPD der siebziger Jahre war die Partei des allzuständigen Staates; sie hat die Entwicklung einer kalten, durchbürokratisierten Gesellschaft gefördert. Sie steht heute vor dem Scherbenhaufen ihrer Politik.

Mit der SPD ist nicht nur eine Regierung gescheitert, sondern die politische Philosophie des Sozialismus:

- Die SPD hat den Staat überfordert — und damit die Staatsfinanzen zerrüttet.
- Die SPD hat die Belastbarkeit der Wirtschaft zunächst erprobt, dann überschritten — und damit die Wirtschaft gelähmt und Arbeitsplätze vernichtet.
- Die SPD hat soziale Gerechtigkeit mit staatlicher Betreuung verwechselt — und damit die Fundamente des Netzes der sozialen Sicherheit erschüttert.
- Die SPD hat über unsere Verhältnisse gelebt — und damit unsere Kinder um ihre Zukunftschancen gebracht.

Die SPD ist in einer politischen und geistigen Krise. Sozialdemokraten, Marxisten und Rot-grüne streiten über den künftigen Kurs der Partei.

Die SPD wird jetzt im Wahlkampf nach altem Rezept die Wähler täuschen und versuchen, durch überzogene Polemik ihren wahren Zustand zu verbergen. Das dürfen und das werden wir nicht zulassen.

Wenn Sie im Wahlkampf SPD-Mitgliedern oder SPD-Wählern begegnen, liebe Freunde, dann fragen sie die Genossen: zu welcher Partei gehörst Du eigentlich, welche SPD willst Du denn wählen: jene SPD, die mit den Rot-grünen gemeinsame Sache macht, oder jene SPD, die den Weg des Godesberger Programms weitergehen will.

Liebe Freunde, wir stehen in den kommenden Jahren vor vier großen Aufgaben:

- Wir müssen erstens die staatlichen Haushalte in Ordnung bringen und wieder auf ein solides Fundament stellen.
- Wir müssen zweitens Arbeit schaffen und die Wirtschaft wieder in Schwung bringen.
- Wir müssen drittens den Frieden in Freiheit sichern, und
- wir müssen viertens, die politischen Voraussetzungen für eine menschliche Gesellschaft schaffen.

Diese Aufgaben können wir nur bewältigen, wenn wir unser Tun an zwei Grundsätzen orientieren:

Wir brauchen erstens — **Partnerschaft statt Klassenkampf**, wir brauchen mehr Gemeinsamkeit aller und keine Parolen, die einen Teil des Volkes gegen den anderen aufhetzen. Eines ist sicher: Niemand von uns kann die Probleme allein lösen. Niemand darf das für sich seriöserweise in Anspruch nehmen: weder die Gewerkschaften noch die Unternehmer, weder die Jungen noch die Alten. Keiner wird ohne den anderen — oder gar gegen ihn — erfolgreich sein.

Unser Volk kann nur miteinander und nicht gegeneinander Erfolg haben — oder wir alle werden scheitern.

Deshalb setzt die Regierung der Mitte auf Partnerschaft und Gemeinsam-

keit, und deshalb werden wir auch in Zukunft die notwendigen Opfer von allen Schichten der Bevölkerung fordern.

In meinem Amtseid habe ich geschworen, den Nutzen des deutschen Volkes zu mehren — aller Deutschen —, und solange ich Kanzler bin, werde ich nicht zulassen, daß Egoismus oder Neid zur Richtlinie der Politik wird.

Wir brauchen, zweitens, die Solidarität der Generationen. Keine Generation lebt für sich allein. Jedes Volk — so sagt Edmund Burke — ist eine „Gemeinschaft der Lebenden, der Toten und der nach uns Kommenden“. Die heutige Generation hat der Nachkriegsgeneration viel zu verdanken, und wir haben nicht das Recht, die kommende Generation auszubeuten. Rücksicht auf unsere Kinder und Enkel, Solidarität mit den kommenden Generationen: das ist der eigentliche Grund, die moralische Begründung, für unsere solide und sparsame Haushaltspolitik.

Wer dagegen jetzt von „Klassenkampf von oben“ redet, hat das wirkliche Problem unserer Zeit nicht begriffen. Wir haben gegenwärtig eine Staatsverschuldung von insgesamt rund 700 Milliarden Mark — bei Bund, Ländern und Gemeinden, bei Bahn und Post. Täglich, jeden Tag, alle 365 Tage des Jahres, muß sich die öffentliche Hand zusätzlich mit über 200 Millionen Mark verschulden. Die Neuverschuldung reicht kaum noch aus, um die jährliche Zinslast zu bezahlen.

Diese Schuldenpolitik, diese Erblast der SPD ist ein sozialer Skandal, weil sie die kommenden Generationen ausbeutet, die diese Schulden, die heute gemacht werden, mit Zins und Zinseszins zurückzahlen müssen.

Wenn die Regierung sparsame Haushaltspolitik betreibt, dann vor allem aus diesem Grund: damit wir wieder für unsere Kinder und Enkelkinder investieren können.

Rede Helmut Kohl

BUNDESAUSSCHUSS

Ich möchte Sie herzlich bitten, liebe Freunde, sagen Sie dies unseren Mitbürgern überall im Land:

- den Müttern und Vätern, die nicht nur an sich, sondern auch an ihre Kinder denken,
- unseren älteren Mitbürgern, die sich ja oft weniger um Geld und mehr um die Zukunft ihrer Enkelkinder sorgen,
- sagen Sie ihnen: wir können den Menschen nicht jeden Wunsch erfüllen, wir müssen ihnen auch Einschränkungen zumuten — von Opfern kann ja oft gar nicht die Rede sein —, sagen Sie ihnen aber vor allem, **warum** wir das tun.

Wir alle, unser Volk, diese Regierung und unsere Partei, werden eines Tages nicht danach beurteilt, ob wir eine Bemessungsgrundlage um 10 Mark rauf- oder runtergesetzt haben, sondern ob wir unseren Nachfahren ein geordnetes Haus hinterlassen.

Unsere Regierung hat den Ehrgeiz, und wir alle haben die Kraft, dafür zu sorgen, daß unser Volk auch im Jahre 2000 und danach in einem sozial gerechten, wirtschaftlich blühenden und freien Land leben wird.

Liebe Freunde, die Frage der Zukunft lautet nicht, wieviel mehr der Staat für seine Bürger tun kann. Die Frage der Zukunft lautet, wie Freiheit, Dynamik und Selbstverantwortung sich neu entfalten können.

Auf **dieser** Idee gründen Erfolg und Auftrag der CDU seit den Tagen der Gründung unserer Partei. Wir betreiben keine Politik der leichten Hand und des leichten Geldes. Wir sagen den Bürgern nicht, was sie alles **noch** vom Staat erwarten können. Wir muten ihnen zu, mehr für sich und für andere zu tun.

Wir rufen sie auf, mit uns für eine bessere Zukunft zu arbeiten:

- mit uns gemeinsam Arbeit zu schaffen,

- mit uns gemeinsam den Frieden zu sichern,
- mit uns gemeinsam für eine menschliche Gesellschaft zu arbeiten.

Unsere vordringlichste Aufgabe ist, durch einen Wirtschaftsaufschwung Arbeit zu schaffen und die soziale Sicherheit zu festigen.

Mit der Sozialen Marktwirtschaft hat die Union eine Ordnung geschaffen, die die Menschen unseres Landes aus tiefem Elend wieder zu Wohlstand brachte und ihnen gleichzeitig soziale Sicherheit gab.

Wir verstehen die Soziale Marktwirtschaft nicht nur als eine Wirtschafts-, sondern vor allem als eine Gesellschaftsordnung. Wir verstehen sie nicht nur als ein ökonomisches Programm, sondern auch als ein Programm, das eine menschliche Ordnung des Gemeinwesens fördert.

Die SPD hat uns die größte Wirtschafts- und Sozialkrise seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland hinterlassen und somit unter Beweis gestellt, daß sie weder von Wirtschaft etwas versteht noch mit Geld umgehen kann.

Nur die Umkehr zu wirtschaftlicher Stabilität, zu einem geordneten Haushalt und zu einer Sozialpolitik mit Augenmaß kann

- die Folgen der Fehlentwicklung der siebziger Jahre wiedergutmachen,
- den bisherigen Raubbau an der kommenden Generation beenden,
- das Freiheitsrecht auf Arbeit verwirklichen und
- dafür sorgen, daß aus der wirtschaftlichen Talfahrt kein Absturz wird.

Unsere Regierung der Mitte hat unverzüglich ihr **Dringlichkeitsprogramm** verwirklicht mit dem Ziel, neue Arbeitsplätze zu schaffen und das soziale Netz zu sichern. Dabei wissen wir, daß keine Politik in der Lage ist, die gewaltigen Hypotheken der

Vergangenheit kurzfristig zu tilgen. Wir sagen dies, weil wir nichts versprechen, was wir nicht halten können. Aber wir verschieben auch nichts, was wir heute leisten können.

Unsere Bilanz kann sich sehen lassen:

- Wir haben durch eine konsequente Konsolidierungspolitik die Voraussetzungen für niedrigere Zinsen geschaffen.
- Wir haben kleinen und mittleren Betrieben steuerliche Entlastungen eingeräumt.
- Wir haben dem Wohnungsbau neue Impulse gegeben.
- Wir haben zur Neugründung gewerblicher Existenzen ermutigt und die Möglichkeiten der Wirtschaft zur Eigenkapitalbildung verbessert.
- Wir haben den Weg für die Entwicklung und Anwendung moderner Technologien freigemacht.

Wichtige Voraussetzungen für einen Erfolg im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ist ein wirtschaftlicher Aufschwung. Wirtschaftswachstum und Investitionen sind der Schlüssel zu neuen Arbeitsplätzen. Wer — wie die Rot-grünen — Wirtschaftswachstum nicht will, gefährdet Arbeitsplätze und den sozialen Frieden.

Wirtschaftliches Wachstum ist das Ergebnis unserer gemeinsamen Anstrengungen. Die Wirtschaft wächst, wenn die Menschen wieder mehr tun — und sie werden wieder mehr leisten, wenn sie einen Sinn darin sehen, wenn sie wissen, daß es sich lohnt, wenn sie Vertrauen in die Zukunft haben und wenn der Staat sie nicht um die Früchte ihrer Leistung bringt.

Dieses Vertrauen — und das zeigt die geschichtliche Erfahrung der letzten Jahrzehnte — und diese Sicherheit können sie nur bei uns haben. Deshalb muß jeder Wähler wissen: Aufschwung gibt es nur

mit uns, mit einer Regierung der Mitte. Dabei sind wir uns bewußt, daß Wachstum nicht alle Probleme löst — und daß die Wirtschaft Rücksicht nehmen muß auf Mensch und Natur.

Wir wissen, daß wir die Arbeitslosigkeit nicht von heute auf morgen beseitigen können. Aber wir werden uns nicht mit einer neuen Klassengesellschaft abfinden: mit der Teilung der Gesellschaft in zwei Gruppen,

- in jene, die Arbeit haben und
- in jene, die draußen stehen vor der Tür.

Diese Entwicklung werden und müssen wir verhindern. Dazu brauchen wir nicht nur wirtschaftliche, sondern vor allem auch gesellschaftspolitische Phantasie.

Über 300 000 junge Leute im Alter von 15 bis 25 Jahren sind ohne Arbeit. Dies ist eine Anklage für unsere Gesellschaft, und es ist ein schweres Problem für die Betroffenen, die den ersten Schritt ihres jungen Lebens aus der Kindheit und der Schule in die Welt der Erwachsenen oft genug als Arbeitslose erleben. Wir können uns mit dieser Entwicklung nicht abfinden. Es ist das vorrangigste Problem für mich überhaupt.

Deshalb müssen wir in diesen kritischen Zeiten auch fähig sein, über neue Ideen wirklich seriös nachzudenken, auch über unorthodoxe Vorstellungen. Unsere Junge Union hat Vorschläge entwickelt, Ausbildungsplätze zu teilen und auf einem Ausbildungsplatz zwei Jugendliche auszubilden. Ich plädiere leidenschaftlich dafür, diesen wie andere Vorschläge wirklich zu prüfen und nicht mit dem Wort abzutun, das haben wir noch nie gehabt, oder das haben wir früher anders gemacht. Bei über 300 000 jugendlichen Arbeitslosen muß jede Idee die Erfolg verspricht, geprüft werden. Wir brauchen neue Ideen.

Rede Helmut Kohl

BUNDESAUSSCHUSS

Der technologische Fortschritt führt zu einem tiefgreifenden Wandel der Arbeitsgesellschaft mit der Folge, daß immer weniger Menschen immer mehr produzieren können. Wir sollten nicht nur die damit verbundenen Probleme, sondern auch die damit verbundenen Chancen für die Menschen sehen. Ein verengtes Verständnis von „Arbeit“ wird diesen Chancen nicht gerecht.

Der Mensch verwirklicht sich nicht nur durch Arbeit im Berufsleben, sondern auch durch seine Arbeit in der Familie und im Sozialen Dienst für andere, in der Selbst- und in der Nächstenhilfe. Unsere Gesellschaft kann nicht jedem einen Arbeitsplatz garantieren, aber sie sollte für jeden eine sinnvolle Tätigkeit bereithalten.

Deshalb werden wir auch Maßnahmen einer qualitativen Arbeitsmarktpolitik ergreifen. Wir werden den Arbeitsmarkt flexibler und differenzierter gestalten.

Wir wollen, daß Frauen und Männer Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren können. Dazu werden wir mehr Teilzeitarbeit und Arbeitsplatzteilung ermöglichen. Und wir rufen die Tarifpartner auf, entsprechende Anstrengungen zu unternehmen.

Arbeit schaffen heißt: Investitionen fördern. Investitionen kosten Geld. Die SPD will staatliche Beschäftigungsprogramme, die viel kosten und wenig bringen, **wir** wollen eine breite Vermögensbildung. Wir brauchen das Spargeld **aller** für die notwendigen Investitionen. Das Spargeld gehört nicht ausschließlich aufs Sparbuch, sondern ins Produktivvermögen. Dafür werden wir die Voraussetzungen schaffen. Wir werden auf diese Weise den wirtschaftlichen Aufschwung sozial absichern durch Produktivvermögen in Arbeitnehmerhand. Dies ist eine zwingende wirtschaftliche **und** soziale Notwendigkeit.

Eine der ersten Maßnahmen meiner Regierung nach den Wahlen wird deshalb eine Gesetzesinitiative zur Vermögensbildung sein.

Und damit unsere Mitbürger wissen, was auf sie zukommt, werden wir noch vor der Wahl Eckwerte einer solchen Gesetzgebung in die öffentliche Diskussion einbringen.

Voraussetzung unserer Friedenspolitik ist seit Konrad Adenauer unsere Zugehörigkeit zum Atlantischen Bündnis. Die CDU bekennt sich eindeutig zur Freundschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Wir haben in wenigen Wochen einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, die deutsch-amerikanischen Beziehungen aus dem Zwielicht zu befreien.

Meine Gespräche vor wenigen Wochen in Washington, vor allem mit Präsident Reagan, haben das breite und solide Fundament der deutsch-amerikanischen Beziehungen bestätigt. Für mich war es wichtig, möglichst rasch auch den direkten persönlichen Kontakt mit unseren wichtigsten Partnern zu suchen.

Vertrauen in die Politik eines Landes setzt auch Vertrauen in die Personen und in die politischen Kräfte voraus, die diese Politik vertreten.

Und ich bin stolz darauf, daß ich heute nach neun Wochen sagen kann, daß in Ost und West die von uns geführte Regierung als besonders vertrauenswürdig gilt und nicht zuletzt deswegen, weil eben der Vorsitzende der CDU Deutschlands nicht nur für seine Person, sondern für seine Partei sprechen kann.

Ich teile die Überzeugung des amerikanischen Präsidenten, daß man unter guten Freunden miteinander und nicht übereinander reden soll. Dies gilt gerade auch

BUNDESAUSSCHUSS

Rede Helmut Kohl

dann, wenn es in einzelnen Fragen bei unterschiedlicher Interessenlage unterschiedliche Meinungen gibt. Aber wichtig ist, unsere Freunde in der Europäischen Gemeinschaft und unsere amerikanischen Freunde können sich darauf verlassen, daß wir zuverlässige Partner sind.

Und unsere Gesprächspartner in Moskau und in anderen Teilen der Welt können sich darauf verlassen, daß ein von uns gegebenes Wort ein Ja oder ein Nein ist und, daß es klare Aussagen sind, die wir treffen.

Wir wissen, daß wir uns auf die Vereinigten Staaten verlassen können. Wir wissen es sehr zu schätzen, wenn ein amerikanischer Präsident in Berlin sagt:

„Ihr seid nicht allein; wir sind mit Euch.“

Die Vereinigten Staaten haben seit mehr als drei Jahrzehnten einen entscheidenden Beitrag zur Sicherung des Friedens und unserer Freiheit geleistet. Dafür verdienen sie unseren Dank.

Wesentlicher Bestandteil unserer Politik der aktiven Friedenssicherung ist unser Eintreten für einen erfolgreichen Abschluß der Genfer Rüstungskontrollverhandlungen.

Im Beschluß unseres 30. Bundesparteitag in Hamburg heißt es:

„Das wichtigste aktuelle außenpolitische Ziel ist die allseitige Begrenzung und Verringerung der Rüstungen und ihr Gleichgewicht auf einem möglichst niedrigen Niveau — unter der Voraussetzung unverminderter Sicherheit.“

So ist auch der Doppelbeschluß der NATO zu verstehen: als Fahrplan, als Strategie zur Abrüstung.

Wir werden die Beschlüsse erfüllen und vertreten; den Verhandlungsteil und — wenn notwendig — auch den Nachrüstungsteil. Und wir werden nicht nachlassen, daran zu erinnern, daß es zu den Ver-

diensten des stellvertretenden Parteivorsitzenden der SPD, des früheren Bundeskanzlers Helmut Schmidt, gehört, diesen Beschluß gefordert und im Bündnis durchgesetzt zu haben.

Die Sozialdemokraten sind gegenwärtig dabei, aus diesem Beschluß auszusteigen. Der Kanzlerkandidat der SPD sagte auf der Bundeskonferenz seiner Partei in Kiel:

„... sie (die Bundesregierung) setzt den Akzent stärker auf den Nachrüstungsteil des Doppelbeschlusses. Das ist nicht unsere Position. Unser Akzent liegt auf dem Verhandlungsteil.“

Was Herr Vogel hier sagt, ist zum einen — was unsere Regierung betrifft — falsch, und es ist zum anderen — und das ist schlimmer — politisch gefährlich.

Liebe Freunde, jedem muß klar sein, unabdingbare Voraussetzung für einen Erfolg der Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion in Genf ist unsere feste Entschlossenheit, wenn notwendig zu stationieren. Nur wenn wir dazu bereit sind, nur wenn die Sowjetunion weiß, die Bundesrepublik steht zu ihrem gegebenen Wort, haben wir eine echte Chance auf Abrüstung.

Wir wollen diese Abrüstung weltweit und kontrolliert. Wir wollen sie mit aller Leidenschaft, weil wir die existenziellen Fragen der Menschheit, die sich im Blick auf die moderne Waffentechnik, insbesondere auf moderne nukleare Waffen auftun, gerade hier in Deutschland besonders stark empfinden. Wir sind nicht blind gegenüber diesen Gefahren. Wir kennen das Risiko für uns und für die nächste Generation. Deswegen treten wir leidenschaftlich für wirkliche Abrüstung und wirkliche Entspannung ein.

Wir wollen Frieden schaffen mit weniger Waffen. Der Erfolg der CDU am 6. März ist

Voraussetzung für den Abrüstungserfolg in Genf. Denn nur eine stabile, von der Union geführte Regierung zerstört Spekulationen der Sowjets auf die Anerkennung ihrer Überrüstung und ist infolgedessen eine wichtige Voraussetzung dafür, daß es in Genf zu Verhandlungsergebnissen und damit zur Abrüstung kommt. Wir setzen uns mit aller Kraft dafür ein. Und allem Pessimismus zum Trotz, glaube ich heute sagen zu dürfen, ich sehe eine gute Chance, wenn alle im Westen begreifen, daß sie einig in diesen Verhandlungen bleiben müssen.

Der Tod von Staats- und Parteichef Breschnew und die Berufung seines Nachfolgers, Generalsekretär Andropow, geben den Ost-West-Beziehungen in diesen Tagen eine besondere Bedeutung. Präsident Reagan und ich stimmen darin überein, daß gerade in dieser Lage die Festigkeit und Verhandlungsbereitschaft des Bündnisses besonders wichtig ist.

Für die Zukunft sind auch wir bereit, die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten zum gegenseitigen Vorteil zu erweitern. Es bleibt unsere erklärte Politik, den Beziehungen zur Sowjetunion hohe Aufmerksamkeit zu widmen und sie auch unter Berücksichtigung des Ost-West-Verhältnisses kontinuierlich weiterzuentwickeln.

Die Beziehungen zur Sowjetunion sind deshalb so wichtig, weil die Sowjetunion große Verantwortung für den Frieden in Europa und in der Welt trägt. Sie sind es gerade für uns auch deshalb, weil die Sowjetunion eine der für Berlin und Deutschland als Ganzes verantwortlichen Mächte ist.

Im Blick auf die Abrüstung wird deutlich, wie sehr wir zum Seismographen internationaler Beziehung geworden sind, wie jede Verschlechterung des internationalen Klimas bei uns und vor allem in Berlin durchschlägt. Des-

halb sind wir mit solcher Leidenschaft und mit solcher inneren Anteilnahme für die Verhandlungen in Genf.

Die Zusammenarbeit zwischen West und Ost auf der Grundlage der Verträge und Vereinbarungen ist für uns auf lange Sicht angelegt. Das heißt aber auch, daß Hindernisse überwunden werden können, wenn beide Seiten dies wollen. Auch schwere Rückschläge in den Ost-West-Beziehungen, wie sie sich aus den tragischen Ereignissen in Afghanistan und Polen ergaben, können überwunden werden. Aber dies wird nur gelingen, wenn die Sowjetunion ihren positiven Beitrag dazu leistet.

Ich sage dies gerade auch wenige Tage vor dem 13. Dezember, dem Jahrestag der Ausrufung des Kriegsrechts in Polen. Wir beobachten mit einer besonderen Leidenschaft und mit einer besonderen Anteilnahme die Entwicklung in Polen. Es gehört zu den bemerkenswertesten psychologischen Veränderungen in Deutschland und vor allem in der Bundesrepublik Deutschland, mit welcher inneren Aufgeschlossenheit viele Mitbürger, und nicht zuletzt in der jungen Generation, jetzt nach Polen blicken. Wie sehr sie mit uns gemeinsam einfordern, daß das dortige Regime seine gegebenen Versprechungen endlich einhält, daß die Inhaftierten freigelassen werden, daß die Gewerkschaftsbewegung ihre Chance erhält und daß ein Stück Menschlichkeit in diesem alten europäischen Land möglich ist.

Ich glaube, es ist eine der bemerkenswertesten Tatsachen, über die leider nicht viel gesprochen wird, daß sich hier auch von Nachbar zu Nachbar ein besonderes Verhältnis entwickelt hat. Die über tausendjährige Geschichte der Beziehung zwischen Deutschen und Polen ist eine Geschichte mit vielen Schwierigkeiten, mit Höhen und Tiefen. Auf weiten Strecken ist diese Geschichte positiv. Sie wurde aber

dann von den grauenvollen Taten des 20. Jahrhunderts, von dem Schlimmen, was im Namen der Deutschen an Polen, aber auch von dem Schlimmen, was in der Revanche dann im polnischen Namen an Deutschen geschehen ist, verdeckt.

Wir wollen, daß dies in der Generation unserer Kinder Geschichte ist und daß Deutsche und Polen mit ausgestreckter Hand aufeinander zugehen. Wir wollen, daß wir mitten in Europa in Frieden leben. Deshalb ist es wichtig, daß wir unsere Mitbürger, wo immer es möglich ist, ermuntern, den Menschen in Polen gerade in dieser schwierigen Zeit, die sie jetzt zu bestehen haben, zu helfen, auch mit den einfachsten Dingen der Unterstützung im täglichen Leben und daß wir selbst dabei mit gutem Beispiel vorangehen.

Liebe Freunde, in dieses Bild gehört auch, daß sich die Lage unserer Landsleute im anderen Teil Deutschlands im Blick auf die dortige Versorgung erheblich verschlechtert hat. Ich möchte uns alle von dieser Stelle auffordern, bei allen Sorgen, die wir haben, unsere Landsleute nicht zu vergessen und, wenn irgend möglich, unseren Beitrag zur Hilfe dort zu leisten.

Der Ost-West-Dialog ist notwendig und kann nützlich sein. Er kann dazu beitragen, die Teilung Europas und Deutschlands für die Menschen erträglicher zu machen und langfristig zu überwinden.

Das muß klar sein: Jeder im Land muß es wissen: Wir finden uns mit dieser Teilung nicht ab. Für uns ist wirklicher und wahrer Friede nicht möglich, solange quer durch unser Land Mauer und Stacheldraht gezogen sind und Menschen erschossen werden, die von einem Teil Deutschlands in den anderen Teil Deutschlands gehen wollen. Die Präambel unserer Verfassung, des Grundgesetzes sagt:

„Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.“ Das ist für uns nicht irgendein Text. Das ist für die Christlich-Demokratische Union Richtmarke deutscher Politik. Das war, ist und bleibt das Ziel unserer Politik.

Liebe Freunde, das Bekenntnis zur Einheit der deutschen Nation, der Wille zur Selbstbestimmung schließt für uns auch den klaren Willen zum Aufbruch zur politischen Einigung Europas ein. Das Ja zur Einheit der Nation ist für uns immer auch ein Ja zur politischen Einigung Europas. Wir wissen, es gibt für niemanden in Europa und schon gar nicht für die Deutschen ein Zurück ins 19. Jahrhundert. Die politische Einigung Europas ist die entscheidende Voraussetzung für den Frieden und die Freiheit unseres Vaterlandes.

Wir dürfen bei all den Alltagsschwierigkeiten, wie ich sie auch gerade in Kopenhagen wieder erleben konnte, weder kleinmütig sein noch resignieren. Wir müssen um jeden auch noch so kleinen Schritt auf dem Wege zu den Vereinigten Staaten von Europa kämpfen. Und wir dürfen nicht zulassen, dies sage ich in die eigene Partei hinein, daß wir (in unserer Partei) auf der Ebene der Kreisverbände, der Bezirks-, der Landesverbände oder auf Bundesebene zwar allen Problemen viel Zeit und Aufmerksamkeit widmen, aber glauben, die Europapolitik sei eine Sache für einige Fachleute, die wir deswegen ins Europäische Parlament entsandt haben. Die europäische Einigung ist eine Schicksalsfrage unseres Landes, die dort mit entschieden wird.

Liebe Freunde, seit Konrad Adenauer war deutsche Außenpolitik, und das gilt unverändert, Politik für eine aktive Friedenssicherung, für Freiheit und Menschenrechte, gegen Hunger und Not in der Welt. Und wir lassen uns

weder als Oppositionspartei in der Vergangenheit noch dürfen wir uns als Regierungspartei in der Gegenwart aus opportunistischen Gründen davon abhalten lassen, Unrecht in der Welt, wo immer es geschieht, als Unrecht zu bezeichnen. Unsere Politik der aktiven Friedenssicherung tritt ein für den Frieden in Freiheit, für die Einigung Europas und für das Selbstbestimmungsrecht des ganzen deutschen Volkes.

„Frieden schaffen ohne Waffen: Das ist ein verständlicher, zutiefst menschlicher Wunsch, aber eine lebensgefährliche Illusion. Frieden schaffen nur durch Waffen: Das wäre eine tödliche Verblendung.

Frieden schaffen mit weniger Waffen: Das ist unser Ziel und das ist die Aufgabe unserer Zeit.“

Gesamtstrategie des westlichen Bündnisses ist und bleibt:

- Gleichgewicht und Verteidigungsfähigkeit.
- Abrüstung und Rüstungskontrolle.
- Dialog und Zusammenarbeit.

Liebe Freunde, es ist uns, zumindest für den freien Teil Europas, gelungen, seit über dreißig Jahren den Frieden zu sichern. Dafür sollten wir dankbar sein. Europa ist ein Ort des Friedens in einer Welt, in der es seit 1945 über 140 Kriege gab. Und trotzdem, und das ist auch verständlich, sorgen sich viele Menschen um den Frieden.

Dies ist nicht der einzige Widerspruch unserer Zeit. Wenn man heute mit Menschen spricht und sie fragt, wie es ihnen geht, dann sagen sie ganz überwiegend: es gehe ihnen persönlich gegenwärtig nicht schlecht, aber sie schauen pessimistisch in die Zukunft, sie äußern sich skeptisch über die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung, sie haben Angst vor Krisen.

Ich meine: wir müssen diese Sorgen der Menschen ernst nehmen, aber wir haben gute Gründe, den Menschen zu sagen:

- wir werden das Erreichte bewahren,
- wir können unseren Staat und unsere Gesellschaft wieder menschlicher machen.

Wir wissen, unsere vordringliche Aufgabe liegt darin, zunächst die Wirtschaft wieder in Ordnung zu bringen, denn die Wirtschaft schafft die materiellen Grundlagen für ein menschenwürdiges Leben in Freiheit.

Aber es gibt Werte, die für den Menschen wichtiger sind als materieller Wohlstand — Werte, die man nicht kaufen, aber ohne die man auch nicht leben kann: Geborgenheit, Mitmenschlichkeit, Zuwendung und soziales Wohlbefinden. Wahrscheinlich leiden heute bei uns mehr Menschen an Einsamkeit als an Armut.

Wir wollen daher eine rücksichtsvollere Gesellschaft, die über den materiellen Interessen die Bedürfnisse jenseits von Angebot und Nachfrage nicht vergißt.

Ich habe dies in meiner Regierungserklärung am 13. Oktober so ausgedrückt:

„Wir sind in unserer Entwicklung an einem Scheideweg angekommen. Wir müssen entscheiden, in welche Richtung wir weitergehen wollen:

- weiter in Richtung mehr Staat, zu immer größeren Mammuteinheiten in Verwaltungen, Schulen, Krankenhäusern oder
- umkehren in Richtung überschaubare Einheiten, umkehren zu einer Gesellschaft mit menschlichem Gesicht.“

Ich sage dies nicht als Anklage an irgendeinen: Wir alle — ich schließe mich ausdrücklich ein — müssen uns hier selbst fragen, was wir getan haben und was wir tun werden.

Wir leben in einer Zeit, in der Fortschritt nicht mehr allein in einer Vermehrung äußerer Güter besteht. Wir müssen lernen, mit den Dingen haushälterisch umzugehen, ein neues Gleichgewicht zu finden zwischen Mensch und Wirtschaft, Mensch und Natur, Gegenwart und Zukunft.

Wir können und wollen den Gang der Entwicklung nicht umkehren. Wir wissen: es gibt keine Alternative zur Industriegesellschaft, aber es gibt menschlichere Alternativen in der Industriegesellschaft. Die große politische Aufgabe dieses Jahrhunderts besteht auch darin, die Vorteile der modernen Industriegesellschaft mit den unverzichtbaren Voraussetzungen für ein menschengerechtes Leben zu verbinden.

Wir nehmen die Sehnsüchte und Ängste der Menschen ernst und sehen es als unsere Aufgabe an, zur Erfüllung ihrer Hoffnungen beizutragen.

- Wir fordern Verzicht, wo Verschwendung die Zukunft unserer Kinder belastet.
- Wir setzen auf Bescheidenheit, wo die Grenzen eines soliden Haushaltes erreicht sind.
- Wir verpflichten zur Rücksicht, wo die natürlichen Kräfte der Natur bedroht sind.

Vor allem in der Jugend lassen sich der Drang nach Selbstbestimmung und Eigeninitiative, aber auch die Sehnsucht nach Gemeinschaft beobachten. Die Politik hat es nicht in der Hand, solche Entwicklungen hervorzubringen. Aber sie kann sehr wohl — und dies ist unsere Pflicht — die Bedingungen zur Entfaltung von Initiative und Vielfalt, Eigenverantwortung und solidarischer Selbsthilfe verbessern.

Deshalb — das ist ein Gesetz des Anfangs in der Geschichte der Union immer gewesen — wollen wir mehr Subsidiarität in allen Bereichen, angefangen von der Bildungspolitik über die Gesundheitspoli-

tik, vom Steuerrecht zum Sozialrecht bis hin zur Wohnungs-, Kultur- und Umweltpolitik.

Familie, Nachbarschaft, freie Träger, Initiativ- und Selbsthilfegruppen und soziale Dienste können mehr Bürgersinn und Bürgerverantwortung erzeugen, als es großen und anonymen Institutionen je möglich sein wird. Voraussetzung dafür ist allerdings oft, daß diese kleinen Gemeinschaften erst wieder in die Lage versetzt werden, diese Aufgaben zu übernehmen:

Wenn der Familienlastenausgleich so vernachlässigt worden ist, daß in vielen Familien die Hausfrau und Mutter gezwungen ist, ganztags erwerbstätig zu sein, obwohl sie lieber zu Hause bei den Kindern bleiben würde, dann braucht man sich nicht zu wundern, daß familiäre Aufgaben wie Kindererziehung und -betreuung, aber auch zum Beispiel die Pflege kranker oder alter Familienangehöriger auf öffentliche Einrichtungen abgeschoben werden.

Wenn öffentliche Bildungs-, Kultur- oder Gesundheitseinrichtungen für die gleichen Angebote und Dienste volle Kostenerstattung erhalten, für die freie Träger nur einen Teil davon bekommen, liegt es in der Natur der Sache, daß die freien Träger auf Dauer verdrängt werden. Genau das wollen wir nicht.

Wenn für Heimunterbringung oder Krankenhausaufenthalt die vollen Behandlungs-, Lebenshaltungs- und weitere Nebenkosten ersetzt werden, bei Selbsthilfegruppen oder bei Selbsthilfe in der Familie aber meist nicht einmal nachgewiesene Materialkosten oder der spezielle Aufwand für Betreuung oder Heilung ersetzt wird, kann sich jeder ausrechnen, warum die Krankenhaus- und Heimaufenthalte so stark gestiegen sind.

Wir werden deshalb Schluß machen mit der zentralistisch-bürokratischen

Gesellschaftspolitik der Vergangenheit. An ihre Stellen setzten wir die Vision einer mitmenschlichen Gesellschaft, die den Staat nicht aus seiner Verantwortung entläßt, aber auch nicht alles Heil vom Staat erwartet.

Nur, wo verstärkt Menschen Menschen helfen, wächst die menschliche Qualität unseres Gemeinwesens, entsteht eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht.

Meine Freunde, unser Land steht vor einer Bewährungsprobe, es hängt vor allem auch von uns ab, ob wir sie bestehen. Wir haben uns nicht gescheut, in dieser schweren Zeit die politische Verantwortung zu übernehmen. Die CDU war nie eine Schönwetterpartei, sondern hat gerade auch in schwierigen Zeitläufen die Geschicke unseres Landes erfolgreich in die Hand genommen.

Und ich bin Ihnen allen von Herzen dankbar, Ihnen und den vielen Tausenden, die es verstanden haben, daß wir in einer kritischen Zeit, am 1. Oktober, nicht gefragt haben, wie kommen wir am besten weg, sondern gesagt haben, wie können wir unsere Pflicht erfüllen. Das war das Ziel und ist das Ziel unserer Politik:

Es war die Union, die nach der größten Katastrophe der deutschen Geschichte und in den fünfziger und dann in den sechziger Jahren bewiesen hat, was sie leisten kann. Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und Kurt Georg Kiesinger erinnern uns an unser Erbe, sie erinnern uns aber vor allem an unseren bleibenden Auftrag, den wir in anderen schwierigen Zeiten zu erfüllen haben.

Es ist die Union, die in den achtziger Jahren einen neuen Wirtschaftsaufschwung

einleiten, die Freiheit bewahren und den Frieden sichern wird:

- **eine Regierung, die Vertrauen begründet, weil sie vor den Wahlen die Wahrheit sagt,**
- **eine Regierung, die verlässlich ist, weil sie nach den Wahlen Wort hält,**
- **eine Regierung, die den Menschen wieder Hoffnung auf bessere Zeiten gibt.**

Der Weg, der vor uns liegt, ist steinig und steil, denn es gibt keinen einfachen Weg aus der Krise. Wir werden unser Ziel erreichen, wenn wir kraftvoll und entschlossen unser politisches Programm in die Tat umsetzen.

Wir sind auf dem richtigen Weg. Groß sind die Gefahren unserer Zeit, aber größer sind unsere Chancen und unser Wille, für die Zukunft eine menschliche Gesellschaft freier Bürger zu gestalten.

Ich fordere Sie daher alle auf, dafür zu kämpfen, daß wir am 6. März eine klare Mehrheit erhalten und daß die Regierung ihre Arbeit fortsetzen kann.

Konrad Adenauer hat am 20. September 1949 in seiner ersten Regierungserklärung gesagt:

„Wir hoffen — das ist unser Ziel —, daß es uns mit Gottes Hilfe gelingen wird, das deutsche Volk aufwärtszuführen und beizutragen zum Frieden in Europa und in der Welt.“

Das bleibt unser Auftrag, unser Dienst an unserem Vaterland. Gehen wir gemeinsam ans Werk, tun wir unsere Pflicht.

Es geht um unser deutsches Vaterland.

Heiner Geißler:

Die Union ist die einzige Alternative zum rot-grünen Bündnis

Dies war die Rede eines christlich-demokratischen Bundeskanzlers. Und es berührt uns alle, und jeder kann dies nachfühlen, auch diejenigen, die nicht Mitglieder der Christlich Demokratischen Union sind, daß die Union nach 13 Jahren wieder den Bundeskanzler stellt. Damit — und dies gilt es als Tatsache festzuhalten — entspricht die politische Führung endlich wieder dem politischen Willen der Mehrheit in der Bundesrepublik Deutschland.

Noch am 29. August 1980 hat Herbert Wehner gesagt: „Die Opposition ist nicht in der Lage, politische Verantwortung zu tragen und es ist gefährlich für unser Land, für den Frieden in der Welt..., wenn die Union die Bundesregierung stellen würde.“

Was konnten wir umgekehrt in den Medien nicht alles lesen und hören über die Einmaligkeit und die Unersetzlichkeit des Altkanzlers — ich will jetzt keine Steine hinterherwerfen —; in Wahrheit aber geriet unter ihm die Bundesrepublik Deutschland in der westlichen Welt ins Zwielficht und unsere Wirtschaft in die schwerste Krise seit 1948. Innerhalb von 9 Wochen hat Helmut Kohl das Vertrauen in der westlichen Welt gefestigt und das Bewußtsein dafür gestärkt, daß die Atlantische Allianz nicht ökonomischen Interessen dient, sondern der Verteidigung gemeinsamer Grundwerte. Und in den vergangenen Jahren wurde ja zunehmend

beklagt, daß vor allem junge Menschen das Vertrauen zu diesem Staat, zur parlamentarischen Demokratie verloren hätten. Auf das Konto dieser Entwicklung geht vieles, was wir in den vergangenen Jahren auch auf den Straßen erlebt haben. Aber die Ursachen lagen in nicht eingelösten Versprechungen der früheren SPD-Regierung, in der Besserwisserei und in der Überheblichkeit, die zu Kennzeichen der SPD als Regierungspartei geworden sind.

Nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland wird es begrüßt, daß die Bundesrepublik Deutschland wieder einen Kanzler hat, der handlungsfähig ist, die Wahrheit sagt und unser Land wieder mit einem moralischen Anspruch führt. Und die alte Regierung ist ja nicht wegen der FDP auseinandergebrochen, sondern wegen der Uneinigkeit der Sozialdemokraten, die ihren eigenen Kanzler im Stich ließen; deswegen wiederhole ich das,

was Helmut Kohl vorhin schon gesagt hat: Es ist auch gut für die deutsche Politik, da wir wieder einen Kanzler haben, der im Einklang mit seiner eigenen Partei handelt und der nicht eine Minderheit, sondern die Mehrheit des deutschen Volkes vertritt.

Gewiß, die neue Regierung ist nicht begrüßt worden mit Hosianna-Rufen, mit euphorischem Enthusiasmus, mit eschatologischer Heilserwartung, wie dies bei früheren, dann allerdings gescheiterten Kanzlern der Fall gewesen ist.

Wir haben die Sache mit der Verratslegende miterlebt. Ich möchte mir jedoch diese Bemerkung erlauben: Es ist natürlich merkwürdig, daß Sozialdemokraten anstatt in das Grundgesetz hineinzugucken offenbar ihre Zuflucht gefunden haben im Nibelungenlied. Verrat und Dolchstoß sind ja nun Argumente in der deutschen Geschichte, die nicht im Jahre 1982 zum erstenmal aufgetreten sind. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir leben ja in einer aufgeklärten Demokratie und Helmut Schmidt ist nicht Jung Siegfried, Hans-Dietrich Genscher nicht Hagen und Herbert Wehner nicht die Brunhilde — und das kann man beliebig fortsetzen.

Wir leben in einer aufgeklärten Demokratie, und der Wählerauftrag des Jahres 1980 konnte — auch an die Adresse der FDP gerichtet — nicht darin bestehen, eine Regierung, die offensichtlich nicht mehr in der Lage war, mit den drängenden Problemen dieses Landes fertig zu werden, bis zum bitteren Ende zum regulären Wahltermin lediglich aus dem Interesse der Machterhaltung am Leben erhalten;

● **sondern die Bundestagsabgeordneten, die Abgeordneten im Deutschen Bundestag, haben auch die moralische Verpflichtung, dann, wenn eine Regierung nicht mehr in der La-**

ge ist, ihrer Verantwortung gerecht zu werden, eine neue Regierung zu wählen, die mit den Problemen des Landes fertig werden kann. Dies hat sich am 1. Oktober vollzogen.

Ich habe gesagt, die neue Bundesregierung begrüßte keine Hosianna-Rufe, eine eschatologische Heilserwartung, kein großer Enthusiasmus, aber meine lieben Parteifreunde, die Leute auf der Straße fällen ein ruhiges und ein tragfähiges Urteil, wenn sie sagen: Der Helmut Kohl macht seine Sache gut. Das in diesem Urteil liegende Vertrauen ist unser bestes Kapital. Wir führen einen Wahlkampf, der sich in einem wesentlichen Punkt von dem unterscheidet, was die Sozialdemokraten 1976 und 1980 gemacht haben.

Diese Wahlkämpfe waren gekennzeichnet durch eine Täuschung des Wählers. Ich nenne hier die Stichworte Rentenbetrug, Finanzbetrug. Sie kennen alle das Zitat von Norbert Gansel, dem Kieler SPD-Abgeordneten, der auf der ersten Fraktions-sitzung der SPD nach der Bundestagswahl 1980, nachdem der Bundeskanzler die Wahrheit über die Staatsfinanzen sagen mußte, ironisch in einem Diskussionsbeitrag gesagt hat:

1976 hätte das Deutsche Volk 14 Tage nach der Bundestagswahl die Wahrheit über die Rentenfinanzen erfahren; 1980 14 Tage nach der Bundestagswahl die Wahrheit über die Staatsfinanzen: er schlage jetzt vor, die Bundestagswahl 1984 um 14 Tage zu verschieben, damit die Leute endlich einmal in Kenntnis der Wahrheit ihre Stimme abgeben könnten.

Wir müssen und wir werden einen anderen Wahlkampf führen. Wir sagen vor dieser Bundestagswahl welche Opfer gebracht werden müssen. Wir sagen vor der Bundestagswahl die Wahrheit.

BUNDESAUSSCHUSS

Rede Heiner Geißler

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben vorhin von der Glaubwürdigkeit gesprochen; eine der Voraussetzungen dafür, daß die Menschen Vertrauen für diese parlamentarische Demokratie gewinnen können. Wir haben die Chance dies unter Beweis zu stellen. Ich bin auch davon überzeugt, daß es nicht wahr ist, was viele glauben, daß viele glauben, daß nämlich Politik identifiziert werden muß, sozusagen naturgesetzlich identifiziert werden muß mit Täuschung, mit Lüge und Betrug. Man kann Politik auch mit Ehrlichkeit, Wahrhaftigkeit, Offenheit machen — und dies werden wir vor dem 6. März dem deutschen Volk gegenüber unter Beweis stellen.

Wie müssen wir im Wahlkampf argumentieren? Ich will dazu einiges sagen. „Mit uns aus der Krise“ ist für diesen Abschnitt unseres Vorwahlkampfes unser Motto. Ich weiß, viele Bürger fragen, warum überhaupt Neuwahlen nach den außenpolitischen Erfolgen des Bundeskanzlers, angesichts der erfolgreich begonnenen Regierungsarbeit — von der Konsolidierung des Haushaltes über die Impulse zur Belebung der Wirtschaft bis hin zu Neuregelung des Zivildienstes — notwendig sind.

Viele fragen, warum soll jetzt schon wieder gewählt werden. Die Antwort ist klar und eindeutig: Wir haben eine schwere Wirtschaftskrise, zwei Millionen Arbeitslose, der Sozialstaat ist gefährdet, die Staatsverschuldung ist riesig. Zur Überwindung dieser Krise brauchen wir vier Jahre Zeit; eine volle Legislaturperiode, damit es wieder aufwärts geht. Wir können nicht in dreizehn Wochen oder Monaten das wiedergutmachen, was die Sozialdemokraten in dreizehn Jahren ange richtet haben.

Das innenpolitisch wichtigste Ziel ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

In wenigen Wochen haben wir dazu wichtige Voraussetzungen geschaffen. Der erste Schritt nach vorne ist getan.

Der Haushalt ist konsolidiert. Wir haben ein Defizit übernommen von fast 55 Milliarden Mark. Die Sozialdemokraten hatten ein Defizit von 28,5 Milliarden Mark ange geben. Das war die dritte, die Haushaltslüge der Sozialdemokraten. Wir haben gespart und das Defizit heruntergeschraubt auf 42 Milliarden. Und ich möchte an dieser Stelle einmal ein herzliches Dankeswort aussprechen und eine herzliche Anerkennung an die beiden Freunde, die die Hauptlast dieser Arbeit zusammen mit dem Bundeskanzler getragen haben: an Gerhard Stoltenberg und Norbert Blüm.

Zu Norbert Blüm darf ich noch etwas sagen, er stand ja nun in besonderer Weise im Zentrum der Angriffe von allen Seiten. Die Christlich Demokratische Union stellt hier schlicht fest, Norbert Blüm steht den Arbeitnehmern wesentlich näher als manche Funktionäre in den Zentralen, die einen Betrieb von innen noch nie gesehen haben.

Wir haben die Bedingungen der Deutschen Bundesbank für Zinssenkungen erfüllt: Abbau des Defizits und solider Haushaltsplan. Die ersten Erfolge sind erkennbar: Die Mark nimmt an Wert zu, die Aktien steigen, die Bauanträge verdoppeln sich und die Zinsen sinken. Ich möchte einmal fragen, ist das eigentlich nichts, für einen Zeitraum von 8 Wochen? Das ist sehr viel.

Wenn ich mir nun einmal überlege, was die Sozialdemokraten als Alternative hier vortragen — sie wollen ein neues Beschäftigungsprogramm in Milliardenhöhe finanziert durch eine weitere Neuverschuldung, ein Programm, dessen Mittel — wie

gehabt — bürokratisch von oben nach unten vom Staat verteilt werden sollen. Wir machen es umgekehrt: Wir reduzieren die Neuverschuldung, senken die Zinsen und vermehren das Geld nicht beim Staat, sondern unten, in der Hand des Bürgers, der mit Geld sinnvoller umgehen kann als jede Bürokratie.

Meine lieben Parteifreunde, wir haben am letzten Wochenende einen Kongreß der Arbeitslosen gehabt. Wir sind davon überzeugt, daß wir die Mehrheit der Arbeitnehmer, der Arbeiter oder Angestellten, der Unternehmer für uns gewinnen können. Aber ich möchte auch etwas zu den Arbeitslosen sagen:

Das neue Bündnis links von der Union ist der rot-grüne Pakt der Sozialdemokraten mit den Alternativen, mit den Aussteigern, mit modernen Maschinenstürmern und wir fordern alle Arbeitnehmer auf, ein klares Nein zu diesem rot-grünen Bündnis zu sagen. Wir sagen aber auch den zwei Millionen Arbeitslosen und ihren Familien: Weder die Grünen, noch die Sozialdemokraten und schon gar nicht beide zusammen, werden Ihnen wieder Arbeitsplätze beschaffen.

Die einzige Partei, von der die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes weiß, daß sie die Wirtschaft wieder in Schwung bringt und deshalb mit der Arbeitslosigkeit besser fertig wird als alle anderen, ist die Christlich Demokratische Union.

Wir haben zweitens — und dies ist eine wichtige Aussage in der Regierungserklärung — die Aufgabe einer geistig-moralischen Erneuerung übernommen. Man hat bei der Diskussion dieser Frage manchmal den Versuch unternommen, diese Zielsetzung lächerlich zu machen, dem Spott preiszugeben. Aber: Wir stellen

fest, es gehört Verstand dazu, um zu erkennen, daß es Dinge gibt, an die der Verstand nicht heranreicht. Die alte Koalition ist auch daran gescheitert, daß Helmut Schmidt und seine Partei nicht in der Lage waren, die geistige und moralische Herausforderung unserer Zeit zu bestehen. Wir haben die finanzpolitischen Aufgaben in den ersten wichtigen Entscheidungen gelöst und haben hier die ersten Schritte zu einem neuen Wirtschaftsaufschwung eingeleitet. Aber unsere politischen Ziele und Perspektiven gehen darüber hinaus.

Wir sind nicht angetreten für wenige Wochen und auch nicht nur für zwei Jahre, wir wollen die Kräfte der Mitte sammeln, um für dieses Jahrzehnt unser Land in eine bessere Zukunft zu führen.

Wir befinden uns in einer Zeit des Umbruchs mit Problemen von existentieller Qualität. Das Arbeitsprogramm, das wir uns auf dem Mannheimer Parteitag 1981 gegeben haben, ist nicht deswegen überflüssig geworden, weil wir uns jetzt an der Regierung befinden. Zum Beispiel müssen wir Antworten geben auf die Frage: Was heißt auf die Dauer Vollbeschäftigung bei niedrigeren Wachstumsraten als in den fünfziger Jahren oder in den sechziger Jahren, bei Rationalisierung unserer Unternehmen durch technischen Fortschritt, bei geburtenstarken Jahrgängen und bei 4,5 Millionen ausländischen Mitbürgern?

Wie kann wirtschaftliches Wachstum und technischer Fortschritt vereinbar gemacht werden mit der Erhaltung unserer natürlichen und sozialen und kulturellen Umwelt? Und was ist zu tun, um die Grundsätze der Gleichberechtigung, der Partnerschaft und der Wahlfreiheit für Mann und Frau in Familie und Beruf zu verwirklichen? Das waren die Aufträge, die wir uns selber gestellt haben, das sind nur drei

BUNDESAUSSCHUSS

Rede Heiner Geißler

Fragen unter vielen, die wir noch beantworten müssen.

Das Sozialismus und Kapitalismus darauf andere Antworten geben als wir, liegt auf der Hand, und daraus ergibt sich die Notwendigkeit geistiger Auseinandersetzung. Aristoteles hat einmal gesagt, wer Begriffe und Gedanken bestimmt, hat Macht über die Menschen. Denn nicht nur die Taten sind es, so sagt er, die die Menschen bewegen, sondern die Worte über die Taten. In einer Epoche weltweiten ideologischen Bürgerkrieges ist dies das Gesetz, das über Sieg und Niederlage entscheidet.

Klassenkampf von oben, das ist nun der neue Kampfbegriff der Sozialdemokraten gegen uns. Ich will mich mit diesem Begriff kurz auseinandersetzen. Damit wollen die Sozialdemokraten vernebeln, daß unter keiner Regierung seit 1949 es zu so schweren sozialen Spannungen gekommen ist wie unter den Kanzlern der SPD. Zum ersten Mal hat dieses Wort „Klassenkampf von oben“ — wenn ich mich erinnere —, der Professor der Rechte, Horst Ehmke, im Deutschen Bundestag benutzt, der sich ja ohnehin nicht rühmlich bei seiner ersten Oppositionsrede ausgezeichnet hat. Bei ihm fiel mir ein, was Ludwig Uhland einmal bei der Nationalversammlung in Frankfurt gedichtet hat, als er die Abgeordneten durchzählte und dabei feststellte, daß dabei 68 Professoren waren. Das gilt jetzt nicht für den Kurt Biedenkopf. Er hat nämlich gedichtet: 68 Professoren — Vaterland du bist verloren.

„Klassenkampf von oben“: Hier soll vernebelt werden, wer eigentlich für die gegenwärtige Krise verantwortlich ist. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist noch nicht einmal entscheidend. Entscheidend ist vielmehr — und das hat Helmut Kohl ja gesagt —, daß die 600 Milliar-

den Mark Staatsverschuldung sich mit Zins und Zinseszins zu einer unerträglichen Belastung unserer Kinder und Enkel ausgewachsen werden.

Deswegen möchte ich noch einmal sagen: Die Sozialdemokraten befinden sich bei der Problemanalyse nicht auf der Höhe der Zeit. Heute lebt doch nicht eine Klasse auf Kosten der anderen, sondern die gegenwärtige Generation lebt auf Kosten der zukünftigen. Das ist das eigentliche Problem.

Ich wiederhole, was ich schon vor fünf Jahren einmal gesagt habe. Die Sozialdemokraten haben die Zeichen der Zeit nicht begriffen. Im letzten Jahrhundert hat der Sozialismus auch schon immer falsche Antworten gegeben, aber sie haben wenigstens richtige Fragen gestellt. Heute stellen die Sozialisten nicht einmal mehr die richtigen Fragen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die CDU hat auf ihrem Mannheimer Parteitag — das ist ein weiterer wichtiger Beitrag zur geistigen Auseinandersetzung, in der wir uns befinden — und in ihrem Grundsatzprogramm 1979 als Neue Soziale Frage formuliert, daß die Chance der Bürger, an den materiellen und immateriellen Gütern der Gesellschaft teilzuhaben, nicht abhängig gemacht werden darf von ihrer Möglichkeit, sich in starken Verbänden zu organisieren und mit mächtigen Droh- und Störpotentialen ihre Interessen rücksichtslos durchzudrücken. Ich stelle in diesem Zusammenhang fest, daß es die Sozialdemokraten zum Beispiel in ihrer Regierungszeit nicht gewagt haben, von denen ein Opfer an die Solidarität zu verlangen, die einen sicheren Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst haben. Wir tun dies. Und zwar vor den Wahlen.

Und lassen Sie mich an dieser Stelle ein Wort zu den Gewerkschaften sa-

gen. Gewerkschaften sind nicht unsere politischen Gegner. Wir wollen ein kritisch-konstruktives Verhältnis zu den Gewerkschaften. Aber wir erwarten von ihnen, daß sie alle Parteien mit dem gleichen Maßstab messen und sich mit uns über die Sachfragen auseinandersetzen, über die Sorgen der Bürger.

Und deswegen erwarten wir von den Führern des Deutschen Gewerkschaftsbundes, daß sie nicht wieder in die alten Fehler der 70er Jahre zurückfallen. Die Gewerkschaftsführer haben ihr Mandat von den Arbeitnehmern, um die Interessen der Arbeitnehmer wahrzunehmen, aber sie haben nicht das Mandat, um sich vor den parteipolitischen Karren der SPD spannen zu lassen. Über 80 Prozent aller Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland sind Arbeitnehmerhaushalte. Die Union ist — wie bekannt — eine 50-Prozent-Partei, d. h. nach Adam Riese, über die Hälfte der Arbeitnehmer wählt die Union.

Die Gewerkschaftsführer, die Mitglieder der SPD sind, erweisen dem Deutschen Gewerkschaftsbund einen schlechten Dienst, wenn sie sich mit ihrer Politik in Widerspruch setzen zur Mehrheit der Arbeitnehmer. Die Mehrheit der Arbeiter, der Angestellten und Beamten steht auf der Seite der Union, die als einzige große Partei diese Wirtschaftskrise beenden kann.

Wir unterscheiden uns, dies ist notwendig zur begrifflichen Klarheit, von den Sozialdemokraten auch in der Definition dessen, was sozial ist. Wir wollen eine qualitative, nicht eine quantitative Sozialpolitik. Das bedeutet, daß die Ansprüche des einzelnen, die aufgrund einer Arbeitsleistung erworben sind, geschützt bleiben müssen, daß sie nicht der Manipulation des Staates ausgeliefert werden dürfen.

Deswegen war es eine richtige Entscheidung, die Norbert Blüm und mit ihm zusammen das ganze Kabinett und die CDU/CSU-Fraktion getroffen hat, die Rentenanpassung um ein halbes Jahr hinauszuschieben, weil wir dadurch die Rentenversicherung auf Dauer finanziell konsolidiert haben. Die Rentenansprüche müssen auf diejenigen konzentriert werden, die diese Hilfen tatsächlich brauchen.

Wir müssen erkennen, daß viele Interessenverbände, Gruppen, aber auch die Sozialdemokraten sich oft und schnell des Begriffs „sozial“ bedienen, ihre Forderungen als „sozial“ definieren, damit aber oft nur handfeste eigene Interessen kaschieren. Kein Wunder, daß jede Gruppe eifersüchtig darüber wacht, daß ihr Bereich als „sozial“ gilt. Das einmal usurpierte Prädikat „sozial“ wird nicht mehr preisgegeben, auch wenn andere Menschen und andere Bereiche in der Zwischenzeit notleidend geworden sind. Was einmal als „sozial“ gilt, läßt sich nicht mehr gern auf seinen „sozialen“ Gehalt hinterfragen.

Die Diskussion um Einkommensgrenzen beim Kindergeld oder um das BAFÖG sind dafür gute Beispiele.

— Wir sind der Auffassung, daß in einer Zeit knapper Kassen die soziale Gerechtigkeit sich auch dadurch bewähren muß, daß Bürger mit einem sehr hohen Einkommen mit weniger Kindergeld zufrieden sind. Wer ein hohes Einkommen hat, hat kein Recht darauf, daß ihn der Staat wie einen Bedürftigen betreut.

— Wir haben eine Riesendiskussion um die Schülerschulbildungsförderung. Ganz sicher muß die Schülerförderung im Rahmen einer Neuordnung des Familienlastenausgleichs in Verbindung mit den Ländern auf eine tragfähige Grundlage —

BUNDESAUSSCHUSS

Rede Heiner Geißler

auch für die Zukunft — gestellt werden, und daher gibt es auch hier keinen Kahl-schlag. Aber etwas wird auch in Zukunft richtig bleiben: Wer als Schüler bei den Eltern wohnen kann, braucht keine öffentlichen Mittel, vor allem nicht um aus-zuziehen und sich eine Bude in der Stadt zu mieten.

Und angesichts der Tatsache, daß ein Geselle seine Meisterprüfung ohne öffentliche Mittel vorbereiten muß und es auch kann, ist einem Akademiker zuzumuten, daß er seine mit Steuer-geldern der Arbeitnehmer finanzierte Studienförderung später in zumutba-ren Raten wieder zurückbezahlt.

Wir haben alle im Fernsehen den Versuch des geschäftsführenden Bürgermeisters von Hamburg, Herrn von Dohnanyi, am letzten Samstag gesehen, bei der Demon-stration gegen die Beschlüsse zum BA-FÖG aufzutreten. Es gibt ein altes israeli-sches Sprichwort, und das muß man hier einmal zitieren, es lautet: „Es gibt Men-schen, die Fische fangen, und es gibt Menschen, die nur das Wasser trüben.“ Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, junge Leute, Schüler, Studenten, die das mit angesehen haben, die haben sich ihre Fragen gestellt und sind zu einer eigenen Meinung gekommen. Gefragt sind heute nicht Leute, die im trüben fi-schen, sondern Menschen mit Verantwor-tungsbewußtsein und Wahrhaftigkeit, das ist das, was wir heute brauchen, wenn wir glaubwürdig sein wollen.

Klarheit der Begriffe ist auch notwendig in der Außenpolitik. Bei der ersten Lesung der Zivildienstnovelle haben die Sozialde-mokraten in einer verräterischen Weise ar-gumentiert, indem sie nämlich den Ein-druck erweckt haben, als gäbe es ein Wahlrecht zwischen Wehrdienst und zivil-em Ersatzdienst, als stünde hinter dem

Dienst in der Bundeswehr nicht die Pflicht, diesen freiheitlichen Rechtsstaat aus ethischen Gründen gegen unrechte Ge-walt von außen zu verteidigen.

Den Sozialdemokraten fehlt die richtige Gewichtung der Werte gerade in der Ver-teidigungspolitik. Der politische Neutralis-mus in weiten Teilen der SPD oder die Versuchung zu diesem Neutralismus ha-ben ihre Wurzeln in einem Neutralismus der Werte. Wir lehnen diese ethische Ori-entierungslosigkeit ab, weil wir wissen, daß es keinen halben Weg gibt zwischen Freiheit und Diktatur.

Für die neue Regierung der Mitte gibt es viele gute Gründe, aber ein ent-scheidender Grund liegt darin, daß wir endlich eine neue Regierung brauchten, die unserem Volk wieder sagt, welche Werte es verteidigt, wer diese Werte bedroht und wer seine Freunde sind, die ihm im Notfall hel-fen.

Und wir sehen natürlich bei dieser Ausein-andersetzung um die Wehrdienstverwei-gerung, daß Verteidigungspflicht und Ge-wissensfreiheit in einem verfassungs-rechtlichen und moralischen Zusammen-hang stehen. Der verfassungsrechtliche Schutz des Gewissens hebt diese Verfas-sung und ihren Staat in ihrem verfas-sungsrechtlichen Rang weit über Staats-ordnungen totalitärer Herrschaftssysteme hinaus und macht sie verteidigungswert. Gleichzeitig aber kann der Schutz des Ge-wissens nur durch diejenigen gewährlei-stet werden — das müßten die Sozialde-mokraten doch anerkennen —, die das Grundrecht der Gewissensfreiheit auch aus Gewissensgründen notfalls mit der Waffe in der Hand verteidigen. Ohne Bun-deswehr, ohne Atlantische Allianz gibt es keinen Schutz des Gewissens, keine An-

erkennung als Kriegsdienstverweigerer und keinen zivilen Ersatzdienst.

Wir stehen auf der Seite der Gewissensfreiheit. Wenn Sozialdemokraten diesen Begriff in den Mund nehmen, dann sollten sie auch zur Kenntnis nehmen: Wenn die Gewissensfreiheit einen so hohen Rang hat, und den hat sie, dann gilt die Gewissensfreiheit aber auch zum Beispiel für die Eltern, die hier in Nordrhein-Westfalen von einem sozialdemokratischen Kultusminister auch mittels einer allgemeinen Staatsbürgerpflicht, nämlich der allgemeinen Schulpflicht, gezwungen werden sollen, ihre Kinder in Schulen und Klassen zu schicken, in denen Extremisten, Neonazis oder Kommunisten einen Unterricht erteilen, der gegen die Gewissensüberzeugung der Eltern erteilt wird.

D. h.: Wenn wir dagegen sind, daß Extremisten Beamte werden, Lehrer in unseren Schulen, dann vertreten wir nicht einen angeblichen Polizeistaat, sondern dann stehen wir an der Seite der Freiheit, an der Seite der Gewissensfreiheit. Dies ist die notwendige Klarheit der Begriffe die wir in der Auseinandersetzung mit den Sozialdemokraten um diese Frage brauchen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde, der Kanzlerkandidat der SPD, Hans-Jochen Vogel, hat erklärt, daß er sich notfalls auch mit den Stimmen der Grünen zum Kanzler wählen lasse. Wir werden das natürlich bis zum 6. März dem deutschen Arbeiter und dem deutschen Angestellten und den 2 Millionen Arbeitslosen nicht verheimlichen oder verschweigen, aber dieses rot-grüne Bündnis, dieser rot-grüne Pakt, ist auch eine Gefahr für die Abrüstung und für die internationale soziale Gerechtigkeit. SPD plus Alternative/Grüne: das muß für die Sowjetunion

geradezu das Signal für einseitige Abrüstung des Westens und für die Duldung der einseitigen Aufrüstung des Ostens sein. Wir hätten dann mit Sicherheit weniger Sicherheit mit mehr Waffen, wir dagegen wollen, deshalb sind wir ja auch für den Doppelbeschluß der Nato, mehr Sicherheit mit weniger Waffen. SPD plus Grüne, das bedeutet: mehr Dirigismus in unserer Volks- und in der Weltwirtschaft, heißt — bei Verzicht auf Kernenergie — rücksichtslose Ausbeutung knapper Ressourcen, z. B. des Öls, durch die Industrieländer auf Kosten der Entwicklungsländer.

Wir wollen mehr Solidarität innerhalb unseres Volkes mit den kommenden Generationen, vor allem aber auch mit den Menschen in der Dritten Welt, denn wir wissen, der Friede wird nicht nur bedroht durch Waffen und durch einen expansiven Kommunismus, sondern auch durch Armut, Elend und Tod in vielen Teilen der Welt.

Ob wir solidarisch sein können hängt davon ab, welche Wirtschafts- und Energiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland gemacht wird.

Liebe Freunde, wir mußten am 1. Oktober die Regierung **sofort** übernehmen, um weiteren Schaden von unserem Volk abzuwenden. Aber, wenn wir jetzt am 6. März 1983 um das Vertrauen der Wähler für vier Jahre bitten, dann nicht, um das Schlimmste zu verhüten, sondern weil wir davon überzeugt sind, daß nur wir, die Unionsparteien, die großen Zukunftsaufgaben am Ende dieses Jahrhunderts bewältigen können. Viele, auch bei uns, meinen, Politik sei in diesen schweren Zeiten ein undankbares Geschäft. Ich sage Ihnen: Politik ist in diesen Zeiten — Zeiten der Krisen, aber auch Zeiten großer Chancen — eine faszinierende Aufgabe, eine

Herausforderung an uns alle. Überwinden wir die Resignation durch unser Engagement, überwinden wir den Zweifel durch unseren Glauben und überwinden wir die Trägheit durch unsere ansteckende Tat.

Rufen wir allen, auch gerade den jungen Menschen, zu: Kauert nicht in den bequemen Nischen des privaten Glücks oder der kleinmütigen Sorge, sondern kommt und arbeitet mit uns am Aufbau einer besseren Welt.

Lieber Helmut Kohl, die Christlich Demokratische Union wünscht Dir und Deiner Regierungsmannschaft in der Regierungsverantwortung für Deutschland Kraft, Gottes Segen, aber vor allem auch Mut. Mut sei die wichtigste politische Tugend hat Churchill einmal gesagt, denn sie setze alles andere voraus. Wir brauchen Mut, um mit den vor uns liegenden schweren Aufgaben fertig zu werden.

Im nächsten Jahr ist Helmut Kohl 10 Jahre Vorsitzender der Christlich Demokratischen Union. In dieser Zeit, bis vor wenigen Wochen war es die Zeit der Opposition, haben wir einen Prozeß der geistigen und politischen Erneuerung bewältigt. Aus

einer Wählerpartei wurde eine Mitgliederpartei. Seit der Regierungsübernahme am 1. Oktober sind 14 253 neue Mitglieder in die Christlich Demokratische Union eingetreten.

Die CDU hat jetzt 717 500 Mitglieder. Die Union, CDU und CSU, mit der Jungen Union, mit unseren Vereinigungen hat über eine Million Mitglieder, während die Sozialdemokraten schon längst unter diese Grenze abgesunken sind. Dies war eine erfolgreiche Arbeit.

Wir haben auf die Regierungsübernahme nicht nur gewartet, sondern wir haben auch dafür gearbeitet. Die Christlich Demokratische Union steht geschlossen und überzeugt zum Bundeskanzler, und wir werden mit dem Bundeskanzler auch die nächste Wahl gewinnen. Unsere Hoffnung gilt den Männern und Frauen, die jetzt Verantwortung tragen für unseren Staat; unsere Solidarität, vor allem zum Bundeskanzler, unser Vertrauen gilt den Bürgern, die zu entscheiden haben, und unsere Treue gilt der gemeinsamen Sache, der wir uns verschrieben haben: der Christlich Demokratischen Union.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

Neue Broschüren

Umwelt schützen

Das Programm der
CDU: Bewahrung der
natürlichen Lebens-
grundlagen



Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 16,— DM
Bestell-Nr.: 5371

Ausländer in Deutschland

Argumente für
eine menschliche
Ausländerpolitik



Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 16,— DM
Bestell-Nr.: 5372

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lühje, Eberhard Luetjohann. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 40,— DM. **Einzelpreis** 1,— DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD